

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Professor erschossen

(spk) Palästinensische Extremisten haben am Sonntag den 66 Jahre alten amerikanischen Professor Albert Glück an der arabischen Universität von Bir-Seet in Westjordanien erschossen. Nach Angaben der Armee wurde der Archäologe, der seit etwa 16 Jahren an der Hochschule lehrte, von drei maskierten Männern durch mehrere Schüsse getötet. Die Uni ist seit dem Beginn der Intifada offiziell geschlossen.

Gegen Gespräche

Die bisherige Staatspartei in Kenia hat Gespräche mit der Opposition über die Zukunft des Landes abgelehnt. Der Generalsekretär der KANU (Kenianisch-Afrikanische Nationalunion), Joseph Kamotho, erteilte entsprechenden Vorschlägen von Oppositionsführer Oginga Odinga eine Absage. Jede Partei könne ihre eigenen Vorstellungen entwickeln und zur Politik der KANU in Konkurrenz treten lassen.

Konferenz unterbrochen

Die Regierung in Zaire hat die Nationalkonferenz über demokratische Reformen auf unbestimmte Zeit unterbrochen. Ministerpräsident Nguza Karl I Bond sagte, eine Fortsetzung der Beratungen würde eine politische Krise heraufbeschwören. Die Konferenz habe zuletzt verfassungswidrige Entscheidungen getroffen.

Sinkende Tendenz beim Bau

Das Baugewerbe merkt den Konjunkturrückgang und die Zinsen

(G.M.) – Das Baugewerbe des Fürstentums Liechtenstein sieht mit wenig Optimismus in die Zukunft. Der allgemeine Konjunkturrückgang macht sich mit einer Verzögerung auch bei den auf dem Bausektor tätigen Betrieben bemerkbar, nachdem die Reserven aus den Baubewilligungen langsam aufgebraucht sind. Ausserdem wird die Bauwirtschaft durch die höheren Zinsen gebremst.

Die allgemeine Lagebeurteilung des einheimischen Baugewerbes, wie sie im Konjunkturtest des Amtes für Volkswirtschaft (mit Stichtag 1. Oktober 1991) wiedergegeben wird, lässt eine deutliche Tendenz nach unten erkennen. Für das 3. Quartal 1991 berichteten gemäss Konjunkturtest noch über 90 Prozent der Unternehmen, gewichtet nach der Beschäftigtenzahl, von einer guten oder befriedigenden Lage. Diese Einschätzung wird in den Prognosen für das 4. Quartal jedoch nur noch von 60 Prozent der befragten Betriebe geteilt. Die im Konjunkturtest gezeichnete Kurve zeigt seit anfangs 1991 nach unten und dürfte noch weiter nach unten gehen.

Auch die Anlagenauslastung des Baugewerbes verharrt auf einem niedrigen Niveau. Die Hälfte der Baubetriebe meldete beim Konjunkturtest einen gleichbleibenden, die andere Hälfte einen rückläufigen Auslastungsgrad, wobei die Aussichten für die nähere Zukunft ungefähr gleich prognostiziert werden. Diese Prognosen stimmen mit den Daten der Bau-

statistik überein, die bisher für die ersten drei Quartale 1991 erschienen ist: In diesem Zeitraum wurden noch 370 Baubewilligungen ausgesprochen, während es im Vorjahr in der gleichen Zeit 440 Bewilligungen waren. Das in die Baubewilligungen eingeschlossene Bauvolumen erreichte noch 397 941 Kubikmeter, im Jahr zuvor waren es 531 911 Kubikmeter. Auch die mutmasslichen Baukosten sanken von 234,7 Millionen für die bewilligten Bauobjekte auf 214,2 Millionen Franken ab.

Für die nahe Zukunft, so heisst es im Konjunkturtest, rechnen 60 Prozent der Bauunternehmen mit einer sinkenden Tendenz der Auftragseingänge, wobei zu bemerken ist, dass die Kurve der Auftragseingänge seit dem 1. Quartal 1990 eine Abwärtsbewegung aufweist. Ähnlich verhält es sich gemäss Angaben der Betriebe mit der Ertragsentwicklung.

Den Hauptgrund für die sinkende Tendenz im Baugewerbe sieht Beat Marxer, Geschäftsführer der Gewerbe- und Wirtschaftskammer, in der Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen mit den hohen Zinskosten. Nach seiner Auffassung verursacht auch die Diskussion über den Beitritt zum EWR eine Zurückhaltung in längerfristige Kapitalanlagen. Damit ergibt sich in unserem Land für die Bauwirtschaft eine ähnliche Situation wie in der Schweiz, zumal aus dem Investitionsbudget 1992 des Staates keine nennenswerten Impulse für den Bausektor zu erwarten sind.



Auch in unserem Land erscheinen verschiedene Betriebszeitschriften, die in regelmässigen Abständen herausgegeben werden. In einer Serie stellen wir diese Zeitschriften unseren Lesern vor. (Bild: Beat Schurte)

Vielfalt an Zeitschriften

Eine VOLKSBLATT-Serie über Betriebszeitschriften ab heute

Eine Reihe von Unternehmen, vor allem der Industrie und des Dienstleistungssektors, geben in regelmässigen Abständen eigene Zeitschriften heraus. Teilweise wenden sich diese Zeitschriften und Zeitungen nur an das Personal, teilweise werden sie aber auch in einer breiteren Öffentlichkeit gestreut. Wir beginnen heute in einer Serie mit der Vorstellung dieser Betriebszeitschriften.

Betriebe wollen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter informieren, sie wollen sie ins Bild setzen über das Umfeld, in dem diese arbeiten, sie wollen auch unterhalten. In den letzten Jahren sind verschiedene solcher Zeitschriften entstanden, die nach Bedarf oder sogar in regelmässigen Abständen herausgegeben werden. Hinter jeder dieser Zeitschriften stehen Mitarbeiter, steht ein Team, das sich zur Aufgabe gemacht hat, die übrigen Mitarbeiter mit betriebsinternen Informationen zu versorgen, über Anlässe der Firma zu informieren, über Personalien zu berichten und vieles anderes mehr.

Unsere Mitarbeiterin Tina Kaufmann hat Betriebszeitschriften unter die Lupe genommen und die verantwortlichen Schriftleiter über die Zeitschriften befragt. Wir beginnen heute mit der «VPBank Post», für die Markus Meier verantwortlich zeichnet, auf Seite 3 dieser Ausgabe.

Für 1992 ist ein «Gesundheitstag» in unserem Land geplant

Regierungsrat Dr. Peter Wolff gab am Pressegespräch einen Überblick über die vorgesehenen Arbeiten in seinen Ressorts Gesundheit und Soziales

(G.M.) – In diesem Jahr soll es in unserem Land einen «Gesundheitstag» geben. Dies erklärte Regierungsrat Dr. Peter Wolff am Pressegespräch, als er über die in seinen Ressorts Gesundheit und Soziales vorgesehenen Arbeiten referierte. Zur Bearbeitung steht auch die Frage der 13. AHV-Rente sowie die Eindämmung der Kosten im Bereich des Gesundheitswesens an. Wir schliessen mit diesem Beitrag unsere aktuelle Berichterstattung über das erste Pressegespräch in diesem Jahr, in dem die Regierungsmitglieder über ihre geplanten Tätigkeiten berichteten.

Auf Vorschlag des Landesphysikus, erklärte Regierungsrat Dr. Peter Wolff, soll 1992 erstmals in einzelnen Gemeinden ein Gesundheitstag durchgeführt werden, um die Leute auf das wertvolle Gut Gesundheit verstärkt aufmerksam zu machen. Vorerst ist geplant, in Mauren und Triesen einen Versuch zu starten. Ausserdem plant das Ressort Gesundheitswesen eine detaillierte wissenschaftliche Auswertung der Daten aus den Vorsorgeuntersuchungen. Diese präventivmedizinische Massnahme, die mit relativ grossem Erfolg durchgeführt wird, blieb bisher dem persönlichen Bereich Arzt – Patient vorbehalten. Allgemeine Daten und Statistiken über den Gesundheitszustand der liechtensteinischen Bevölkerung wurden hingegen nicht zusammengetragen.

Drogenkonzept liegt vor

Vor Jahren wurde ein Drogenkonzept erarbeitet, das sich seit einiger Zeit in Überarbeitung befindet, da sich das Umfeld der Drogenszene relativ rasch wandelt. Nach Auskunft von Regierungsrat Dr. Peter Wolff liegt das Drogenkonzept, das von einer Kommission überarbeitet wurde, bereits vor. Im Frühjahr soll auch dem Landtag ein entsprechender Bericht unterbreitet werden. Im Rahmen dieses Konzeptes ist geplant, eine Änderung des Betäubungsmittelgesetzes in Angriff zu nehmen, die vor allem die Abgabe von sterilen Spritzen für Drogenabhängige durch Ärzte ermöglichen soll, um auf diese Weise dem Problem der Aids-Ansteckung zu begegnen.

Wie in anderen Ländern auch, hat sich der Gesundheitsminister mit der Frage

der Kosteneindämmung im Gesundheitswesen zu befassen. Diese Arbeit ist notwendig, erklärte Regierungsrat Wolff, weil einerseits die Kosten Jahr für Jahr ansteigen, andererseits weil eine Interpellation von VU-Seite vorliegt, die von der Regierung Antwort auf einige Fragen verlangt. Der Regierungsvertreter deutete in seiner Erklärung an, dass wichtige Entscheide, die vielleicht nicht allen leichtfallen, bevorstehen. Insbesondere erwähnte er, dass eine Eindämmung der Kosten für den Staat nur erfolgen könne, wenn der Landtag bereit sei, auch auf der Kostenseite den entsprechenden Vorschlägen zuzustimmen.

AHV-Weihnachtsgeld

Eine andere heikle Frage, die vom Ressort Soziales zu bewältigen sein wird,

stellt das geforderte Weihnachtsgeld für AHV-Rentner dar. AHV-Verwaltung und Ressort haben hier offenbar verschiedene Ansichten über die Machbarkeit im geltenden System. Zumindest hat eine Aussprache darüber stattgefunden, erklärte Regierungsrat Wolff und wies auf einen Vorschlag der Regierung, welcher der AHV unterbreitet worden sei und nach seiner Hoffnung dem AHV-Verwaltungsrat besser gefallen sollte als frühere Vorschläge. Möglicherweise wird der Landtag im Frühjahr einen diesbezüglichen Antrag der Regierung auf Einführung der 13. AHV-Rente erhalten. Im Bereich der Alterspolitik wird die Regierung, wie Regierungsrat Wolff weiter erklärte, in absehbarer Zeit eine Antwort auf ein Alterspostulat im Landtag vorlegen. Enthalten darin wird ein Vorschlag

zur Vereinfachung der Trägerschaften für die Alters- und Pflegeheime sein.

Nichts Neues vom Spital Vaduz

Bereits beim Pressegespräch zum Jahresbeginn 1991 hatte Regierungsrat Dr. Peter Wolff über die Erweiterung des Krankenhauses Vaduz berichtet. Im Verlaufe des letzten Jahres ist hier allerdings nichts Neues passiert, zumindest hat die Gemeinde Vaduz nach Angaben des Regierungsvertreters keine weiteren Schritte in Richtung Regierung unternommen. Allerdings ist Regierungsrat Wolff der Auffassung, dass hier eine Entscheidung herbeigeführt werde, obschon die früheren Bedarfsschätzungen inzwischen relativiert worden seien.

Weisse Pracht erfreute auch unsere Milchspenderinnen



Nicht nur die Kinder konnten sich gestern auf einen Plausch im endlich bis ins Tal gefallenen Schnee freuen: frische Luft tut den Kühen auch im Winter gut, und so durften die oben abgebildeten gestern während ein paar Stunden ihre «Freizeit» im Freien verbringen. Sie hatten denn auch ihre sichtliche Freude daran, und wer weiss, vielleicht spendeten sie ihrem Herrchen dafür am Abend auch einen Eimer Milch mehr als sonst. (Bild: bs)

Neat-Referendum noch in der Schwebe

Bern (spk) Die Zitterpartie um das Neat-Referendum hält an. Auch eine Woche nach Fristablauf sind noch nicht alle Unterschriften – bisher sind insgesamt 50 532 eingegangen – auf ihre Gültigkeit hin untersucht. Wie die Bundeskanzlei am Montag auf Anfrage mitteilte, ist mit den definitiven Ergebnissen frühestens Ende Monat zu rechnen.

Das Referendum gegen die Neue Eisenbahn-Alpentranversale (Neat) wurde von den Grünen und vom Auto-Journalisten Bernhard Böhi ergriffen. Die Referendumsführer hatten am Montag vor einer Woche persönlich 41 998 Unterschriften im Bundeshaus deponiert, die restlichen waren per Post eingegangen. Nach Angaben von Hans-Urs Wili, Rechtsdienst der Bundeskanzlei, reicht der Anteil ungültiger Unterschriften bei eingereichten Referenden von 1,5 Promille bis 3,5 Prozent.

Bis zu 20 Zentimeter Neuschnee

Zürich/Bern (AP) Praktisch die ganze Alpennordseite ist in der Nacht zum Montag eingeschneit worden. Vor allem dem Flachland wurde der «weisse Segen» beschert, wie ein Sprecher der Schweizerischen Meteorologischen Anstalt (SMA) in Zürich auf Anfrage sagte. Im östlichen Mittelland gab es fast 20 Zentimeter Neuschnee, in den Alpen und im Westen erheblich weniger. Der Süden blieb praktisch unberührt. Auf dem Strassennetz gab es nur wenige Probleme. Dafür gab es bei den Bahnen einzelne Pannen und Verspätungen.